Morgen-Ausgabe
No. 269. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Donnerstag, 11. Juni 1908

14. Delegiertentag des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Am zweiten Pfingstfeiertag traten die zur Generalversammlung des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter gewählten Delegierten zur 14. Generalversammlung in Berlin zusammen. Die Vorversammlung hierzu wurde vom Vorsitzenden des Generalrats, W. Gleichauf-Berlin um 4 Uhr nachmittags im Verbandshause der deutschen Gewerkvereine mit herzlichen Worten der Begrüßung an die erschienenen Delegierten eröffnet.

Anwesend waren 39 Abgeordnete (die statutenmäßige Zahl) aus allen Teilen Deutschlands, und zwar:

Die Hauptleitung des Gewerkvereins war vertreten durch: Gleichauf, Hartmann, Baldt, Trabert, Irrgang und Havlicek; die Generalrevisoren durch Niegisch, sämtlich aus Berlin. Für die Beschwerdekommission war deren Vorsitzender, Franke-Magdeburg, und als Vertreter des Gesamtverbandes Goldschmidt-Berlin zugegen. Außerdem waren die Vertreter des Gesamtverbandes Goldschmidt-Berlin zugegen. Außerdem nahm eine große Anzahl Mitglieder mit ihren Frauen an der Verhandlung als Gäste teil.

Zur Prüfung der Mandate wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, bestehend aus Pohl-Breslau, Fröhlich-Berlin und Wilschke-Potsdam. Ein Protest des Ortsvereins Bautzen gegen die Gültigkeit der Wahl im 14. Bezirk wurde nicht anerkannt und die Wahl des Delegierten Lorenz-Radeberg für gültig erklärt, ebenso alle anderen Mandate.

In das Bureau zur Leitung der Hauptverhandlungen wurden gewählt als 1. Vorsitzender Müller-Jena, als Stellvertreter Musleitner-Berlin und Hampel-Gleiwitz, zu Schriftführern Hartmann-Mannheim und Alexy-Aachen. Einige Dringlichkeitsanträge wurden in die Tagesordnung eingereiht und die Tagesordnung endgültig mit einer geringen Aenderung angenommen.

Die Hauptverhandlungen begannen Dienstag, 9. Juni, vormittags 9 Uhr.

Die erste Sitzung wird durch den ersten Vorsitzenden Müller-Jena eröffnet und geleitet. Es wird nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten sofort in die Tagesordnung eingetreten und vom Generalsekretär Hartmann der Bericht über die

Tätigkeit der vergangenen drei Jahre

erstattet. Aus dem Bericht ist ersichtlich, daß der Gewerkverein an zahlreichen Lohnkämpfen beteiligt war, daß es ihm aber auch gelungen ist, an vielen Stellen ohne Kampf feste Verträge mit Arbeitgebern abzuschließen, durch die das Arbeitsverhältnis aufgebessert und für längere Zeit in bestimmten Formen festgelegt werden konnte. Der dem Gewerkverein von den Arbeiterorganisationen sozialdemokratischer, christlicher oder gelber Richtung aufgezwungene Kampf diene der Arbeitersache an sich nicht zum Vorteil und verhindere gemeinsame Aktionen aller Richtungen der Arbeiter zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse und zur Abwehr von Verschlechterungen. Um dies zu ermöglichen, müsse die gegenseitige Anerkennung und Gleichberechtigung der verschiedenen Arbeiterorganisationen, die selbständig und getrennt von den Unternehmern ihre Sache selbst führen, mehr als bisher zur Durchführung kommen. Der Berichterstatter betont, daß die Neueinrichtung angestellter Agitationsbeamter, die ihren Sitz draußen im Lande haben, im Anfang Schwierigkeiten mit sich brachte, deren Behebung Aufgabe dieses Delegiertentages sein solle und geht auf einzelne innere Angelegenheiten des Gewerkvereins ein.

Zu öffentlichen, die Arbeiter eng berührenden Fragen hat der Generalrat des Gewerkvereins mehrfach Stellung genommen, so zum Beispiel zur Fleischteuerung, zu einer Reform des Invalidengesetzes, über die Verhältnisse der Hütten- und Walzwerksarbeiter, zur Frage des Vereins- und Versammlungsrechtes und anderem. Am Kongreß zur Förderung der Arbeiterinteressen ist der Gewerkverein durch ein weibliches Mitglied vertreten gewesen. Ebenso habe sich der Gewerkverein an den Veranstaltungen der Gesellschaft für soziale Reform und des Vereins für Sozialpolitik durch Vertreter beteiligt. Ein großes Maß von Arbeit sei auf die Agitation und die öffentliche Vertretung verwandt worden.

Der Schatzmeister Baldt gibt den Kassenbericht zur Kenntnis, demzufolge das Gewerkvereins eine Steigerung erfahren hat. Es beträgt Ende 1907 691,980.50 Mark gegen 569,620.51 Mark Ende 1905, trotzdem die Ausgaben für Unterstützungszwecke in den letzten drei Jahren ebenfalls gestiegen sind.

Der Generalrevisor Niegisch konstatiert, daß die Kassen- und Geschäftsführung der Hauptleitung zu keinerlei Monierungen Veranlassung gegeben hat, und beantragt Erteilung der Decharge.

An die Berichte schließt sich eine längere Diskussion, in der der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gewerkvereine, Goldschmidt mit Nachdruck betont, daß der Gewerkverein nach wie vor eine partei- und kirchenpolitisch unabhängige und neutrale Organisation sein und bleiben müsse.

Hampel-Gleiwitz geht auf die Abrechnung der auswärtigen Agitationsbeamten ein und erläutert die Differenzen in der Höhe der hierdurch verursachten Kosten.

Musleitner-Berlin hält die parteipolitische Neutralität ebenfalls für unbedingt notwendig, doch dürfe der Kreis der in den Versammlungen abgehaltenen Vorträge nicht zu eng begrenzt sein.

Ecken-Siegen erkennt die bisherige Tätigkeit der Hauptleitung an, wünscht aber, daß zur Erziehung der Mitglieder als Gewerkvereiner mehr als bisher getan werden müsse. Die Hauptleitung habe hierbei nicht immer in der richtigen Weise gearbeitet.

Jürgens-Hattingen ist mit verschiedenen Maßnahmen der Hauptleitung in taktischer Beziehung nicht einverstanden, er moniert, daß der Generalrat nicht immer den rechten Weg bei Lohnbewegungen beschritten habe.

Grothe-Köln hält es für notwendig, das Beamtensystem so auszugestalten, daß es eine bessere Wirkung erzielt. Der Generalrat muß aus Männern zusammengesetzt sein, die auch die Verhältnisse im Lande kennen. Die Lokalkassen in den einzelnen Orten haben erzieherisch auf die Mitglieder gewirkt und seien notwendig. Die Einführung einer Gewerbslosenunterstützung sei eine Frage der Zeit und könne nicht umgangen werden.

Fröhlich-Berlin hält die Eigenbrödelei einzelner Beamten in politischer Beziehung für einen Schaden für den Gewerkverein. Das habe Zerrissenheit in den Gewerkverein hineingetragen. Bei Mißverhältnissen zwischen einzelnen Beamten müsse der Generalrat eher eingreifen.

Dieblein-Schwabach betont, daß neben dem Taktikzirkular Erkelenz auch die Erwerbslosenunterstützung der gegnerischen Organisationen dem Gewerkverein Schaden verursacht habe. Den Agitationsbeamten müsse eine feste Richtschnur gegeben werden.

Wiß-Saar hält eine einheitliche Leitung für unbedingt notwendig und schildert die Agitation anderer Richtungen. Eine Erwerbslosenunterstützung sei im Gewerkverein nicht am Platze, dafür diete die Krankenkasse des Gewerkvereins eine bessere Gewähr.

Meyer-Altershof betont, daß die Taktik der Gegner mit allen Mitteln auf die Vernichtung der Gewerkvereine gerichtet sei. Die rigorosen Lohnkämpfe der Gegner haben große Massen der Arbeiter abgestoßen und zu den gelben Gewerkschaften geführt. Die Hauptleitung müsse falsche, gegen die Gewerkvereine gerichtete Pressnachrichten sofort dementieren. Die Neutralitätsfrage sei zurzeit noch zu unklar.

Hartmann-Mannheim geht auf die Formerbewegung 1906 ein und schildert die derzeitigen Verhältnisse. Jetzt sei eine reinliche Scheidung eingetreten zum Vorteil der Gewerkvereine. Diese müssen auf dem Standpunkt der Neutralität bleiben.

Irrgang-Berlin erklärt, daß das Verhältnis der Berliner Kollegen zu den Beamten sehr gut sei, mit einem Teil der Außenbeamten habe man dagegen nicht immer günstige Resultate erzielt. Die Einführung der Begräbnisbeihilfe durch den Gewerkverein sei entschieden ein Fortschritt gewesen. Das In-den-Vordergrund-stellen der Beamten in den politischen Parteien sei für den Gewerkverein kein Vorteil gewesen.

Gleichauf-Berlin betont, daß das plötzliche Hervortreten einzelner Beamten in den politischen Parteien in der unrichtigen Weise für den Gewerkverein schädlich gewesen sei. Jakobs-Essen habe im Gewerkvereinsinteresse den Beschlüssen der Hauptleitung nachkommen müssen, anstatt seine Person in den Vordergrund zu stellen. Bei der Formerbewegung 1906 sei der Gewerkverein vom Deutschen Metallarbeiterverband ganz ausgeschaltet worden. Der Gewerkverein müsse daher und hat auch selbständige Stellung zu der Bewegung genommen. Zum Fortschritt des Gewerkvereins sei gegenseitiges Vertrauen notwendig und Unterordnung jedes einzelnen unter die Delegiertentagsbeschlüsse.

In der Nachmittagssitzung

wird die Diskussion über die Tätigkeitsberichte fortgesetzt.

Lorenz-Neusatz a. O. schildert die Verhältnisse seiner Heimat.

Wischke-Potsdam hält es für notwendig, daß die Beschwerdekommmission bestehen bleibt und deren Funktionen genau festgelegt werden. Dem Schatzmeister Baldt dankt er für seine 33 jährige unentgeltliche und tadellose Kassenführung. Das Vorwärtskommen der Organisation leide an der Vereinsmeierei mit allerhand Vergnügungsvereinen. Die Frage der Staffelbeiträge wird in nicht zu ferner Zeit gelöst werden müssen.

Pohl-Breslau steht auf dem Standpunkt, daß die Zentralisation der Ortsvereine kein Vorteil gewesen sei. Geschadet habe dem Gewerkverein auch in Breslau das Taktikzirkular Erkelenz. Es sei zu überlegen, ob nicht eine Vorlage zur Einführung einer Erwerbslosenunterstützung in Zukunft gemacht werden müsse, neben der bereits seit langem bestehenden Krankenkasse. Des weiteren schildert Redner die Vorgänge bei der Formerbewegung 1906 in Breslau.

Alexy-Aachen schildert die Organisationsverhältnisse im Aachener Gebiet. Er weist nach, daß bei dem Streik des Gewerkvereins auf Rothe-Erde der christliche Metallarbeiterverband nur deshalb für den Streik gewirkt habe, um den Gewerkverein in seinen Kassen zu schädigen.

Es wird hierauf ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

In einer persönlichen Bemerkung verbeidigt sich der Verbandsvorsitzende Goldschmidt gegen einige gegen ihn gerichtete Angriffe bezüglich seiner parlamentarischen Tätigkeit und Havlicek-Berlin bezüglich einiger Aeußerungen, die in der Diskussion gegen die im Arbeitsverhältnis stehenden Generalratsmitglieder fielen.

Im Schlußwort geht der Referent Baldt auf einige Ausführungen und Monitas der Delegierten ein und stellt verschiedene Mißverständnisse richtig. Zu vielen Orten sei eine Verwendung der Lokalfondsgelder nicht immer in statutengemäßer Weise erfolgt. Die Lohnbewegung auf dem Hunsrück mußte abgebrochen werden, weil dort die Organisation noch zu jung war und infolge der sonst ungünstigen Verhältnisse an kein Gelingen gedacht werden konnte.

Der zweite Referent Hartmann erklärt, daß nach Lage der Verhältnisse die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung nicht am Platze war, weil der Gewerkverein eine gut fundierte Krankenkasse besitzt, deren Einrichtungen jetzt so ausgestaltet sind, daß der Eintritt in die Kasse bedeutend erleichtert ist. Die Krankenkasse unterstehe dem Hilfskassengesetz und biete demnach eine sicherere Grundlage der Krankenunterstützung als eine sogenannte Erwerbslosenunterstützung. Der Referent verliest dann noch verschiedene Ausführungen aus der Diskussion bezüglich der Formerbewegung, der Einrichtung der Agitationsbeamten und schließt mit Verwerfung der Taktik, daß der sachliche Ton in dieser Generaldebatte auch einen guten Verlauf der Beratungen verspreche.

Dem Generalrat und den Beamten wird hierauf einstimmig Entlastung erteilt.

Hierauf berichtet der Vorsitzende der Beschwerdekommission, Francke-Magdeburg, über die bei dieser Kommission zur Verhandlung gelangten Beschwerden der Mitglieder, aus denen hervorgeht, daß, abgesehen von einigen Fällen, im ganzen Uebereinstimmung der Beschwerdekommission mit der Hauptleitung erzielt worden ist.

In der Diskussion regt Grothe-Köln die Frage an, ob eine Aenderung bezüglich der Beschwerdekommission notwendig sei, werde die weitere Verhandlung ergeben. Er beantragt, die weitere Beratung hierüber zu vertagen, bis die in Punkt 5 der Tagesordnung zur Beratung stehenden Beschwerden zur Erledigung kommen. Dem wird zugestimmt und eine Kommission zur Vorberatung der Beschwerden gewählt, die aus Pohl-Breslau, Hummen-Giller, Fröhlich-Berlin, Gröber-Biberach und Ecken-Siegen besteht. Die Kommission soll unter Mitwirkung der Referenten Hartmann-Berlin und Fischer-Buckau sowie des Vorsitzenden der Beschwerdekommission, Francke-Magdeburg, tagen. Zu der Beschwerdesache Jakobs-Essen wird nach längerer Debatte beschlossen, daß Jakobs zur Kommissionssitzung nicht zuzulassen ist, und zwar in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 7 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch vertagt.

12. Generalversammlung des Gewerkvereins der deutschen Tischler.

Zum ersten Male fand die Generalversammlung des Gewerkvereins der deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen im eigenen Heim in Berlin statt. Festlich geschmückt zeigte das Verbandshaus schon von weitem an, daß wichtige Verhandlungen dort stattfinden.

Vor der Eröffnung am 8. d. M. wurde zur Begrüßung der Generalversammlung von der Gewerkvereins-Liedertafel Berlin „Bruder reicht die Hand zum Bunde“ vorgetragen. Darauf eröffnete der Vorsitzende Bahlke um 5 Uhr mit einer Begrüßungsansprache die Vorversammlung.

Als Vertreter des Generalrats begrüßte Verbandskassierer Klein die Abgeordneten im neuen Hause und wünschte den Verhandlungen guten Erfolg. Aus den Ortsvereinen Augsburg, Bromberg, Cottbus, Döbeln, Großenhain und vom Ortsverband Köln wurden Telegramme verlesen. Die Kollegen wünschten guten Erfolg. Im Namen des Ortsvereins Berlin begrüßte Herr Mühle den Delegiertentag. Alle Mandate wurden für gültig erklärt. Zur Leitung der Verhandlungen werden gewählt: Herr Rust-Berlin I. Vorsitzender, Margrodt-Schmölln und Klingenfuß-Mannheim als II. und III. Vorsitzender. Als Schriftführer die Herren Grenz-Spandau und Peters-Wittenberge. Es wird beschlossen, die Punkte 1, 2 und 4 zusammen zu diskutieren. Die vorliegenden Dringlichkeitsanträge werden einer Kommission von fünf Mitgliedern überwiesen, die vor der Hauptverhandlung Bericht erstatten soll. Diese besteht aus den Herren Renner, Dirx, Wolff, Peters und Mroczkowski.

Nachdem noch die Tagungsstadt festgesetzt, fand eine gut arrangierte Begrüßungsfeier im weißen und grünen Saale statt. Für vortreffliche und reichliche Unterhaltung war gut gesorgt. Die Gewerkvereinsliedertafel erfreute mit ihren stimmungsvollen Weisen die Abgeordneten und zahlreich erschienenen Gäste. Desgleichen bot der Salonhumorist Herr Zimmermann sein Bestes. Kollege Rust hielt eine kernige Ansprache. Von den auswärtigen Delegierten sprach Kollege Mroczkowski. Der obligate Tanz hielt die Teilnehmer bis zur frühen Morgenstunde zusammen.

Die Hauptverhandlungen begannen Dienstag früh 9 Uhr.

Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten werden die Dringlichkeitsanträge anerkannt bis auf die Anträge aus Fürth und Rudolstadt. Generalsekretär Bambach gab eingehende Erläuterungen zum gedruckten Tätigkeitsbericht. Aus diesem ist zu ersehen, mit welchen großen Schwierigkeiten der Gewerkverein seit der letzten Generalversammlung zu kämpfen hatte, und daß es der angestrengtesten Tätigkeit sämtlicher Organe bedurfte, um die Organisation über manche Klippe hinwegzusteuern, die sich leider nicht nur von seiten der Arbeitgeber dem Gewerkverein entgegenstellte.

Es folgte der Kassenbericht des Schatzmeisters Zielke, der die von Bambach gemachten Ausführungen ergänzte. Insbesondere wies er darauf hin, daß in den letzten vier Jahren mehr an Unterstützungen gezahlt wurde, als in den vorhergehenden 15 Jahren. Der Beitrag stieg während dieser Periode von 15 auf 35 Pfennig pro Woche.

Die Diskussion war lebhaft. Es wurde besonders betont, daß wir mit Genugtuung auf die verflossene Periode zurückblicken können. Trotz aller Anfeindung von rechts und links ist die finanzielle Entwickelung erfreulich, wenn auch die Mitgliederzahl infolge der ungünstigen Verhältnisse und der enormen Beitragssteigerungen nicht stieg. Dem Schatzmeister wurde einstimmig Decharge erteilt.

Landesverein preußischer Volksschullehrerinnen.

Am Montag, 8. Juni, nachmittags 4 Uhr fand in Breslau die erste Mitgliederversammlung statt, bei der 38 Ortsgruppen und 3 Provinzialvereine vertreten waren.

Die Vorsitzende, Fräulein Elisabeth Schneider, Berlin begrüßte die Erschienenen und gab ihrer Freude darüber Ausdruck, daß mehrere Städte Abgeordnete zu dieser Tagung entsandt haben.

Darauf erfolgte der Geschäftsbericht des Vorstandes.

Für die Zentralstelle für Rechtsschutz erstattete Hedwig Jastrow, Berlin den Geschäftsbericht. Fräulein Stetter, Danzig berichtete über die Tätigkeit des Ausschusses für die soziale Hilfsarbeit. Der Arbeitsbericht des Ausschusses zur Förderung der Fortbildungsschule wurde von Fräulein Jancke, Königsberg gegeben. Daran schloß sich der Bericht des Ausschusses für Kunstpflege, vertreten durch die Leiterin Fräulein Toussaint, Berlin.

Darauf trat die Versammlung in die Beratung der Anträge der Wirtschaftlichen Hilfskasse ein. Die Umgestaltung zu einer Zwangskasse wurde abgelehnt und folgende Resolution des Vorstandes angenommen:

„Die siebente ordentliche Versammlung des Landesvereins preußischer Volksschullehrerinnen sieht zurzeit noch davon ab, die Mitglieder der Ortsgruppen zum Eintritt in die „Wirtschaftliche Hilfskasse“ zu verpflichten. Sie gibt aber der Hoffnung Ausdruck, daß im Anschluß an eine Erhöhung des Grundgehaltes durch die Revision des Besoldungsgesetzes die Vorstände der Ortsgruppen ihre Mitglieder dazu veranlassen werden, den freiwilligen Beitritt der Ortsgruppe zur Hilfskasse als Ehrensache zu erklären, so daß in einigen Jahren der pflichtmäßige Beitritt der Ortsgruppen des Landesvereins preußischer Volksschullehrerinnen nur noch eine Form für bereits bestehende Tatsache wäre.“

Fräulein Wassel-Danzig erstattete den Kassenbericht, und es wurde ihr, dem Antrage der Kassenprüferinnen entsprechend, Entlastung erteilt.

Der von der Ortsgruppe Dortmund-Hörde eingebrachte Dringlichkeitsantrag fand dadurch seine Erledigung, daß folgende Resolution angenommen wurde:

„Die siebente ordentliche Versammlung des Landesvereins preußischer Volksschullehrerinnen spricht ihr Bedauern darüber aus, daß dem letzten Landtage im Gegensatze zu dem in der Thronrede gegebenen Versprechen die Vorlage zur Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes nicht mehr zugegangen ist. Die Versammlung gibt auch der Enttäuschung Ausdruck, welche im Volksschullehrerstande durch die die Mißstände nicht ausgleichende Bemessung der Teuerungszulagen erregt worden ist.

Sie erwartet, daß dem neuen Landtage als erste Vorlage die Vorlage der Lehrerbesoldung zugehe, und daß durch sie die Wünsche der Volksschullehrerinnen Berücksichtigung finden, wie sie in eingehend begründeten Eingaben St. Exzellenz, dem Herrn Kultusminister Dr. Holle, und den Mitgliedern des letzten Landtages unterbreitet worden sind. Der Landesverein preußischer Volksschullehrerinnen hofft, daß die Neuregelung der Besoldung der preußischen Lehrerschaft eine der Bedeutung des Standes entsprechende Lebenshaltung sichern und gleiches Grundgehalt für Lehrer und Lehrerinnen bringen wird.“

Am Dienstag, 9. Juni, 9 Uhr fand die 1. öffentliche Versammlung statt, die mit Gesang und Willkommworten der Breslauer Lehrerinnen eingeleitet wurde. Die Aelteste Ortsgruppe Schlesiens, Waldenburg, brachte der Versammlung einen poetischen Gruß. Nachdem die Vorsitzende, Fräulein Elisabeth Schneider-Berlin die Versammlung eröffnet hatte, folgten Begrüßungen durch die Vertreter der Behörden und Verbände.

Dann erhielt Anna Blum-Spandau das Wort zu dem Thema

„Staatsschule und Kommunalschule“.

Die Frage nach dem Besitzrecht wurde an der Hand der Gründungs- und Entwickelungsgeschichte der preußischen Volksschule für Staat und Kommune gemeinsam entschieden, während nach diesen Erwägungen materielle Rechtsansprüche der katholischen wie evangelischen Kirche abgelehnen sind. Auch die Forderung der reinen Staatsschule wies die Rednerin ab. Den bürgerlichen Gemeinden sei seinen als Hauptträgern der Schullasten aus Gründen der Billigkeit Ansprüche zuzugestehen, aber mehr noch, weil deren weitgehende Mitwirkung an der Verwaltung wie Aufsicht im Interesse der Volksschule liegt. Die materiellen Interessen der Lehrerschaft — Anerkennung als unmittelbare Staatsbeamte, Gleichmäßigkeit der Besoldung —, die in der reinen Staatsschule vielleicht mehr gewahrt würden, müssen hinter den ideellen Interessen der Volkserziehung zurücktreten.

Einen breiten Raum in der Besprechung nahm die Aufsichtsfrage ein. Die Lehrerschaft fordert die reine Fachaufsicht in allen Instanzen.

Von der durch das Schulunterhaltungsgesetz in die Wege geleiteten Dezentralisation der Schulverwaltung und Aufsicht sei eine Förderung der Volksschule zu erwarten, besonders wenn neben den staatlichen Aufsichtsbeamten das bürgerliche Laienelement und die Lehrerschaft selbst in der neuen Organisation zur Vertretung gelangen. Den erweiterten Zielen, die der Volksschule gesteckt werden, und der größeren Selbständigkeit, die die Lehrerschaft fordere, müsse eine erweiterte und vertiefte Fach- und Allgemeinbildung entsprechen, für welche der Staat in ausreichender Weise zu sorgen hat. Diesen aufs beste vorgebildeten Lehrern und Lehrerinnen muß eine Laufbahn innerhalb der Volksschule eröffnet werden, damit ihr die tüchtigsten Kräfte erhalten bleiben, die, aus der Praxis hervorgegangen, an ihren Aufgaben wirken können. Um dem gesamten Schulwesen ein gesichertes Fundament zu geben und eine von der Gunst oder Ungunst der politischen Strömungen unabhängige Entwickelung zu gewährleisten, ist der endliche Erlaß eines Unterrichtsgesetzes für Preußen zu fordern. Anzustreben ist eine Reichsschulgesetzgebung, die, ohne in die Rechte der Einzelstaaten einzugreifen, eine Einheitlichkeit der Bildung des deutschen Volks bewirkt und damit seine wirtschaftliche Tüchtigkeit und Wehrhaftigkeit erhöhen wurde.

An den Vortrag schloß sich ein sehr lebhafter Meinungsaustausch, in dem die Vorzüge und Nachteile der reinen Staatsschule beleuchtet wurden. Auch die Frage der Schulaufsicht und die Bildung von Schulkammern wurden in die Erörterung gezogen.

Der Sozialliberale Verein Wilmersdorf

hielt am Dienstag in den Prachtsälen des Westens eine stark besuchte Versammlung ab, die sich mit dem Ergebnis der Landtagswahlen und dem weiteren Vorgehen bei den Stichwahlen beschäftigte. Dr. Breitscheidt als Referent wies einleitend darauf hin, daß es in den Wilmersdorfer Stichwahlen bei tätiger Mithilfe aller Anhänger der Demokratie den Sozialdemokraten gelingen könne, eine Kombination der Sozialdemokraten und Sozialliberalen zustande zu bringen in der Weise, daß eine Stichwahl stattfindet zwischen den beiden konservativen Kandidaten auf der einen Seite und einem sozialliberalen und einem sozialdemokratischen Kandidaten auf der anderen Seite. Eine solche Konstellation wäre auf jeden Fall zu begrüßen, denn wenn bei einer solchen Stichwahl selbst die Blockbrüstlinger sich auf die Seite der Konservativen stellen würden, so würde dies Verhalten auch dem vertrauensseligsten Freisinnigen die Augen öffnen. Zu dem Wahlausfall selbst bemerkte der Redner, es könne das Ergebnis nicht als eine Niederlage der Demokratischen Vereinigung auffassen. Auch die